



Bundesministerium
der Justiz

Fragebogen zum E-Lending

Zusammenfassung der Ergebnisse

Vorbemerkung

Die vorliegende Präsentation gibt einen Überblick über die auf den Fragebogen zum E-Lending eingegangenen Antwortbeiträge. Die darin vertretenen spezifischen Argumente und Standpunkte der Akteure werden hiermit durch das Bundesministerium der Justiz nicht inhaltlich überprüft und bewertet.

Die Stellungnahmen sind auf der [Website des BMJ](#) abrufbar, soweit Einwilligungen zur Veröffentlichung erteilt wurden.

Teilnehmende Stakeholder

Insgesamt rund 130 Stellungnahmen (darunter zahlreiche identische Einreichungen) aus folgenden Bereichen:

- Bibliotheken
- Verlage
- Autoren
- Buchhändler
- Länder / Kommunen
- Zivilgesellschaft / NGO
- Verwertungsgesellschaften
- Forschung
- Aggregatoren
- Sonstige (insbes. Verbände außerhalb Buchbranche)

Stakeholder-Beschreibungen des Status Quo

E-Lending in öffentlichen Bibliotheken

- Lizenzbasiert, in der Regel Vertragsbeziehungen zwischen Bibliotheken – Aggregatoren; Aggregatoren – Verlagen; Verlagen – Autoren
- Technische Infrastruktur (Plattform, Server, DRM) über Aggregatoren
- Bibliotheken schließen sich teilweise zu Verbänden zusammen
- Lizenzmodell in der Regel „prepaid“ - 1Nutzer1Kopie, Lizenzdauer und Anzahl Ausleihen jeweils beschränkt, teilweise Windowing (insbes. Bestseller)

E-Lending in wissenschaftlichen Bibliotheken

- Insgesamt deutlich weniger relevant
- Vielzahl anderer Lizenzmodelle bzgl. digitaler Medien (Campuslizenzen, Datenbanken), kein Windowing, zunehmend Open Access

Stakeholder-Kritik am bisherigen E-Leihe System

- Keine angemessene Vergütung für Urheber, keine Beteiligung je Ausleihe
- Anschaffungsetats der öffentlichen Bibliotheken zu gering
- Geringer Nettoerlös für Verlage aus E-Leihe
- Zusammenschlüsse zu Verbänden durch Bibliotheken
- Eingeschränkte digitale Teilhabe durch Windowingfristen insbesondere bei Bestsellern
- Keine Verfügbarkeit bestimmter Titel für E-Leihe
- Fehlende Transparenz für Autoren
- Wenige, marktmächtige Aggregatoren, teilweise technische Probleme
- Wissenschaftliche Bibliotheken: kaum digitale Fernleihe möglich

Stakeholder-Forderungen

- Vergütung je Ausleihe
- Erhöhung Etats der Bibliotheken, insbes. ÖB
- Festgefahrener Konflikt, Auflösung durch Gesetzgeber
- Änderung im Kartellrecht zur Ermöglichung Rahmenvertrag (insbes. Vertreter von Verlagen und Autoren)
- Änderungen im Urheberrecht mit Ziel E-Leihe wie P-Leihe ohne Windowing – Zwangslizenz oder vergütungspflichtige Schranke (insbes. Vertreter von Bibliotheken, NGO, Länder/Kommunen), auch Pflichtexemplar-E-Leihe ermöglichen (wiss. Bibliotheken)
- Beibehaltung rechtlicher Status Quo (insbes. Buchhändler, wiss. Aggregator sowie Verbände im Bereich Film/Musik/Computerspiele/Zeitungsverleger)

Kontakt

Bundesministerium der Justiz
Referat III B 3 (Urheber- und Verlagsrecht)
Leipziger Straße 127-128
10117 Berlin

Mail: IIIB3@bmj.bund.de
www.bmj.de

